Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Wallin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (56 mm breit) 1. Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr — Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen ermächtigt der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 40 — Donnerstag, den 17. Februar 1921. — 44. Jahrgang

Die neuen Eisenbahntarife.

Ab 1. Juni 1921.

Berlin, 16. Febr. Gestern morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife ein Gutachten abzugeben. In seiner Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung des Personentarifs. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach wie eine Neuordnung des Gütertarifs am 1. Dezember 1920 eine organisatorische Neuordnung des Personentarifs durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitspreisen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,50 für die 2. Klasse 32,50, für die 1. Klasse 58,50 Pfennig je Kilometer. Gegenüber den Friedenspreisen bedeuten diese Preise eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, 622 Prozent für die 2. und von 735 Prozent für die 1. Klasse. Demnach würde beispielsweise eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten Mark 38,— statt bisher 20,40 für die 4. Klasse, 57,— statt bisher 42,40 für die 3. Klasse, 90,— statt bisher 70,— für die 2. Klasse und 170,— statt bisher 158,60 Mark für die 1. Klasse.

Die Schnellzugszuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen Zweizonensystems (bis 75, bis 150 und über 150 Kil.) erhöht auf Mark 8, 16 und 24 für die 1. und 2. Klasse und Mark 4, 8, und 12 für die 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen ab 1. Juni in Kraft treten.

Erhöhung der Gütertarife um 65 v. H. vorgeschlagen.

WTB. Berlin, 16. Febr. In der gestrigen Sitzung des Beirats der Sachverständigen des Reichsverkehrsministeriums sagte Staatssekretär Stieler zur Frage der Erhöhung des Gütertarifs, die Tatsache, daß die Eisenbahnverwaltung mit ihren Preisen noch nicht den stark gestiegenen Selbstkosten gefolgt sei, bilde die Hauptursache ihres finanziellen Elends. Der Fehlbetragswirtschaft müsse angesichts der allgemeinen deutschen Finanzlage ungesäumt ein Ende gemacht werden. Die Sparmaßnahmen, welche die Eisenbahnverwaltung tatkräftig in Angriff genommen habe, reichen allein dazu nicht aus, eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife sei daneben nicht zu umgehen. Die starken wirtschaftlichen Bedenken eines solchen Vorgehens habe die Eisenbahnverwaltung nicht verkannt, man habe jedoch nur die Wahl, die Fehlbeträge durch Steuern aufzubringen oder die Einnahmen den Ausgaben durch Tariferhöhungen anzupassen. Die Reichsregierung habe sich für das letzte entschieden, und auch der Tarifausschuß des Wirtschaftsrates habe sich dafür ausgesprochen. Im Haushaltsentwurf für 1920 sei mit einem Fehlbetrag von 14,4 Milliarden Mark gerechnet worden, der sich nach den bisherigen Betriebsergebnissen zwar um 489 Millionen verringern werde, andererseits verursache aber die Anfang Januar beschlossene Erhöhung der Teuerungszulagen einen Aufwand von 1,32 Milliarden, so daß der Gesamtfehlbetrag voraussichtlich 15,24 Milliarden betragen werde. Im Haushaltsentwurf für 1921 seien vor allem die Ausgaben erheblich herabgesetzt worden, allein der Eisenbahnverwaltung seien hierbei durch die Verhältnisse ziemlich enge Grenzen gezogen. Hinsichtlich der persönlichen Ausgaben rechne man mit einer weitern Verringerung des Personals, bei der die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes indes nicht außer acht gelassen werden dürfe. Von einem Abbau der Löhne und Gehälter könne noch der Preislage des notwendigen Lebensbedarfs und der Lohnpolitik der Industrien nicht die Rede sein. Den sachlichen Ausgaben habe der Preisrückgang mancher Artikel eine Erleichterung gebracht. Angesichts der noch Jahre fortzusetzenden erhöhten Leistungen für die Wiederinstandsetzung des durch den Krieg heruntergewirtschafteten Apparates sehen aber diese Ersparnisse noch nicht von entscheidender Bedeutung. Alles in allem hoffe die Eisenbahnverwaltung in absehbarer Zeit durch Sparmaßnahmen etwa fünf Milliarden erzielen zu können. Ungedeckt blieben danach von dem Jahresergebnis 1920 noch zehn Milliarden. Der Haushaltsentwurf für 1921 sehe an Ausgaben 31,18 Milliarden vor, die Einnahmen seien auf 16,8 Milliarden geschätzt, also auch hier bleibe ein Fehlbetrag von rund 14 Milliarden. Der ständige Tarifausschuß habe auf Vorschlag der Eisenbahnverwaltung eine nach Tarifklassen abgestufte prozentuale Erhöhung von etwa 75 v. H. empfohlen, danach würde der Güterverkehr eine Mehreinnahme von neun Milliarden Mark erwarten lassen.

Für den Ausschuß der Verkehrsinteressenten des ständigen Tarifausschusses berichtete Geheimer Kommerzienrat Arnhold in überaus bemerkenswerten Ausführungen über die Arbeiten dieses Ausschusses. Diese hätten dazu geführt, eine Tariferhöhung um nur 65 v. H. zu empfehlen; in der eingehenden Aussprache, an der Vertreter aller Wirtschaftskreise sich beteiligten, wurde die Notwendigkeit einer starken Tariferhöhung von allen Rednern anerkannt. von vielen Seiten wurden jedoch gegen eine Erhöhung um 75 v. H. starke Bedenken zum Ausdruck gebracht. Unter Ablehnung eines Antrags aus der Versammlung auf Erhöhung aller Tarifklassen um 100 v. H. und der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Erhöhung um durchschnittlich 75 v. H. wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressenten auf Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 v. H. zur Durchführung empfohlen. In Anbetracht der Ungewißheit der wirtschaftlichen Entwicklung hielt die Versammlung die Beschränkung dieser Maßnahme auf zunächst ein Jahr für ratsam. Ferner wurden einige Abweichungen von dieser Tarifmaßnahme zugunsten Ostpreußens sowie der Volksnahrungsmittel und der Düngemittel befürwortet.

Der Weg zur Gesundung.

Die Rede, die Lloyd George gestern während der Thronredebehte im Unterhaus gehalten hat, enthüllt das Rätsel, wie man in Paris zu der ungeheuerlichen Summe von 226 Milliarden kommen konnte. Berechnungen oder Schädenfeststellungen haben dieser Zahl gar nicht zugrunde gelegen. Man hat einfach gegen jeden Sinn und Verstand aus einem Gefühl auf das höchste gesteigerter Machtvollkommenheit heraus eine Forderung erhoben, die weder mit der deutschen Leistungsfähigkeit, noch mit den tatsächlichen Berechnungen über die Kriegsschäden in irgend einem Verhältnis steht. Solche Kostenrechnungen sind selbstverständlich leicht in jeder beliebigen Höhe aufzumachen.

Vor allem in Frankreich leistet man auf diesem Gebiete Außerordentliches. Gerade in diesen Tagen ist bei dem Wiederaufbauministerium das Schreiben eines Unteroffiziers eingelaufen, der während seiner Kriegsgefangenschaft als Landmesser an den Vermessungsarbeiten im zerstörten Nordfrankreich tätig war, und zwar noch bis in die erste Hälfte des Jahres 1920 hinein. Dieser Mann, der den intellektuellen Kreisen zuzurechnen ist und daher als unbedingt zuverlässig zu gelten hat, schildert unter voller Verantwortung, wie die Schäden stets weit höher geschätzt wurden, als sie in Wirklichkeit sind, und daß die Aufbauunternehmer — „meist ungebildete und raffinierte Bauern" — ein ungeheures Geld verdienen. Einige skrupellose Leute bereichern sich also in der unglaublichsten Weise immer unter dem Motto: „L'Allemagne papera tout."

Es wird selbstverständlich sein, daß man deutscherseits in London erst einmal Unterlagen zu sehen wünschen wird, um die Richtigkeit der vorgelegten Rechnungen nachprüfen zu können. Schließlich kann man auch vom deutschen Standpunkte aus ebensowenig alles auf Treu und Glauben hinnehmen, wie man das von seiten der Entente aus zu gegenüber zu tun pflegt. Jedoch hängt alles von einer guten Atmosphäre ab, sollen in Zukunft überhaupt Möglichkeiten für eine vernünftige Auseinandersetzung geschaffen werden. Das gilt sowohl für die künftige Ruhr-Politik, wie für die 12prozentige Abgabe auf den Export und die industriellen Bedürfnisse des neutralen und alliierten Auslandes. Man begrüßt in den Kreisen des deutschen Handels und der Industrie den Gedanken einer solchen **internationalen Kartellierung und Kontingentierung**, wie sie Dr. **Simons** in Stuttgart andeutete, durchaus und er spielt dabei auch bei den gegenwärtigen Vorarbeiten für London eine Rolle. Man müßte dann naturgemäß bei einer Verwirklichung dieser Pläne auf einen Schutz der beiderseitigen Absatzgebiete, auf eine Regelung der Preise und auf eine grundsätzliche internationale Verständigung über den Anteil des deutschen Exports an dem internationalen Handel hinarbeiten, immer unter dem Gesichtswinkel, daß durch den deutschen Export die Industrien der anderen Länder nicht geschädigt werden und trotzdem Deutschland imstande bleibt, die ihm auferlegten Lasten zu tragen, ohne zu erliegen.

Man kann diesen Gedanken noch weiter ausspinnen. Man kann sich sehr wohl vorstellen, daß das Geld Deutscher in ausländischen Unternehmungen u. umgekehrt ausländisches Kapital in deutschen tätig wird, natürlich unter Vorsichtsmaßnahmen gegen Ueberfremdung. Auch können enge Beziehungen geschaffen werden zwischen den Rohstofferzeugern des einen Landes und den Verarbeitern des anderen. Die spanischen oder schwedischen Erzgruben würden z. B. Erze an die deutsche Eisenindustrie liefern, die dann wieder ein bestimmtes Kontingent Fertige oder Halbfabrikate an Schweden oder Spanien liefern müßten. Derartige Kartellierungen und Kontingierungen waren ja schon vor dem Kriege durchaus gebräuchlich. Es sei nur erinnert an das internationale Schienenkartell zwischen den Eisenindustrien Amerikas, Englands und Deutschlands oder an die Brüsseler Zuckerkonvention. Keines der Länder, die diesen Kartellen angeschlossen waren, durfte produzieren oder exportieren soviel es wollte, sondern sie richteten ihre Erzeugung und Ausfuhr nach einem gemeinsamen Schlüssel ein und belieferten auf dieser Grundlage die an ihren Erzeugnissen armen Länder. Wenn, um ein weiteres Beispiel anzuführen, etwa Amerika seine Baumwolle auf den deutschen Markt werfen will, dann dürfte das in Zukunft eben nur nach bestimmten Richtlinien geschehen und unter der Voraussetzung, daß Deutschland ein gewisses Kontingent verarbeiteter Waren ausführen dürfte.

Nach diesen Mustern etwa denkt man sich die zukünftige Regelung, und man sieht daraus, daß man gegenwärtig an einem gewaltigen Problem arbeitet, das wohl geeignet ist, die wirtschaftliche Gesundung der Welt herbeizuführen, nicht auf Grund irgendwelcher beliebiger nicht zu verwirklichender Forderungen, sondern auf Grund eines genau auskalkulierten Planes, dessen einer Pfeiler eine internationale Anleihe ist und dessen anderer die Abstimmung der Produktion und des Exports der einzelnen Länder aufeinander ist. Auf diesem Wege nur kann die Zukunft Europas und Amerikas, dessen Mitwirkung unerläßlich ist, gesichert werden.

Unerschüttert fest.

Der Eindruck Simons von seiner Süddeutschland-Reise.

Karlsruhe, 16. Febr. Reichsaußenminister Simons äußerte sich gegenüber dem Chefredakteur der „Badischen Presse" in Karlsruhe auf die Frage, welche Eindrücke er von dem bisherigen Verlauf seiner Reise nach Süddeutschland empfangen habe, folgendermaßen: Ich kann nur sagen: die allerbesten! Ich habe den Eindruck, als wenn sehr im Gegensatz zu der Zeit, als über den Friedensvertrag von Versailles mit den Gegnern verhandelt wurde, jetzt die **Bevölkerung außerordentlich viel einheitlicher in der Abwehr des gegnerischen Angriffs auf Deutschlands Existenz geworden ist.** Die Bevölkerung hat sich wiedergefunden und gefestigt, und sie ist auch entschlossen, unter Umständen große Opfer zu bringen, um der dauernden Verelendung und Versklavung des deutschen Volkes zu entgehen. Ich kann darum nur sagen, ich nehme eine große Stärkung und Kräftigung von meiner Reise nach Süddeutschland mit auf den Weg nach London. Das bezieht sich nicht nur auf die Art und Weise, wie ich gehört worden bin, sondern auch auf die ganze Art, wie man überall in Süddeutschland geschlossen gegenüber dem Feinde steht, und wie diese Entschlossenheit einheitlich ist, trotzdem man sich über die Angelegenheit durch mehrere Wochen gründlich ausgesprochen hat und fest im Entschluß geworden ist. Ich lege darauf den größten Wert, denn wenn der erste Zorn und die ungeheure Entrüstung über die Zumutungen der Entente vorüber ist und man sich die Sache in ihren nötigen Konsequenzen nach allen Seiten überlegt hat, dann ist es ein Zeichen von unerschütterlicher Entschlossenheit, wenn man an dem ersten Entschluß festhält. Deshalb glaube ich, daß die Entschlossenheit des deutschen Volkes, die zu den Londoner Verhandlungen nicht mehr erschüttert werden kann.

Karlsruhe, 16. Febr. Heute vormittag fand eine Besprechung der Vertreter der Behörden, der badischen Mitglieder des Reichstages, der Landtagsabgeordneten, der Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen usw. mit dem Außenminister Dr. Simons statt. Dr. Simons führte aus: Der Friedensvertrag von Versailles habe **drei Fehler.** Der erste sei das Schuldbekenntnis am Kriege, während das deutsche Volk der Ueberzeugung war, einen Verteidigungskrieg zu führen. Der zweite Fehler war, daß der Vorvertrag zum Frieden nicht gehalten wurde und der dritte, daß nicht über den Frieden verhandelt wurde. Die Folgen dieser Fehler seien nicht ausgeblieben. In Brüssel habe man die Mitwirkung des zweiten Vertragsteils berücksichtigt, aber jetzt sei man wieder auf den alten Weg des Diktats zurückgekehrt. Die Pariser Forderungen seien unter diesen Umständen nicht zu halten, man müsse darauf hinarbeiten, daß [illegible] deutschen Volkes sich nicht [illegible] Deutschland und dem Zusammenbruch mitreißt [illegible], sei die Einheit. Wenn sei immer reichstreu gewesen. Der Minister schloß: Lassen Sie mich mit diesem Gefühl nach London gehen. Unsere Gegner können uns, was sie wollen, sie werden **uns unsere Einheit** nicht aus dem Herzen reißen.

Die vier Fragen an Bayern.

München, 17. Febr. Die vier Fragen, die die Reichsregierung der bayerischen Regierung vorgelegt hatte und auf die die bayerische Regierung in ihrer Mitteilung an die Reichsregierung geantwortet hat, werden jetzt von der linksstehenden Presse in München verbreitet. Die Fragen lauten: Ist die bayerische Regierung bereit und in der Lage, grundsätzlich zu erklären, daß sie der Reichsregierung [illegible] Schwierigkeiten macht? — Ist die bayerische Regierung einverstanden, daß sie zum 15. März ein Gesetz ausgeben wird, wodurch die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages zur Ausführung kommen? — Ist die bayerische Regierung damit einverstanden und bereit, dafür zu sorgen, daß bis zum 21. März die schweren Waffen der Einwohnerwehren abgeliefert sind? — Daß für obige Punkte nur eine Aenderung eintritt, wenn **außenpolitische** Gründe Veranlassung dazu geben.

Lloyd Georges Rede im Unterhaus.

Ablehnung einer Erörterung der Pariser Beschlüsse vor Bekanntgabe der deutschen Vorschläge.

London, 16. Febr. Lloyd George erklärte mit bezug auf das Ersuchen Asquiths, auf eine Erörterung der Pariser Konferenz einzugehen, wenn man die Tatsache in Rechnung ziehe, daß im Verlaufe der nächsten Woche in England eine Reihe wichtiger Konferenzen stattfinden werden, auf denen man Vertreter der Türkei und Deutschlands ebenso wie die des Verbands zu sehen hoffe, so erscheine es ihm unerwünscht, eine scharfe Debatte stattfinden zu lassen, wenn man sich infolgedessen Erörterungen nicht verraten will, bevor man weiß, was die anderen Seiten sagen. Er wisse nichts über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge, er wisse nur, daß Gegenvorschläge vorgelegt werden sollten, die von deutschen Sachverständigen erwogen werden. Mit dem Wunsche, die wirksamsten Maßnahmen zu treffen, um Deutschland seine Verbindlichkeiten aus dem Vertrage von Versailles erfüllen zu lassen, dürfe man jedoch den Charakter dieser Vorschläge nicht verkennen. Seiner Ansicht nach würden auch diese Vorschläge eine längere Aussprache im Hause notwendig erscheinen lassen. Lloyd George fuhr fort, er habe wirkliche Sympathie mit dem französischen Premierminister in seiner Lage, in die er dadurch versetzt wurde, daß er viele Tage lang Fragen beantworten mußte, bezüglich aller Seiten der Vorschläge, die man kannte und der Vorschläge, die man noch nicht kannte. **Lloyd George erklärte, er könne Asquiths Bezeichnung der Konferenz als Revision oder Umformung des Vertrages von Versailles nicht anerkennen.** Er erinnere [illegible] wichtigen Bestimmungen, [illegible] fügt wurden. Er glaube nicht, daß es [illegible] sei, irgend etwas über die Vorschläge zu sagen. Der wesentliche Unterschied zwischen die-

Bürgertum, schaffe am Sonntag ein einiges Preußen!

den Vorschlägen und den früheren Beschlüsse darin, daß man Jahreszahlungen festgesetzt habe, die sich nach dem Gedeihen des deutschen Ausfuhrhandels richten. Das wäre den einzig wesentliche Element, das auf der Pariser Konferenz nen eingeführt worden sei. Lloyd George führte weiter aus, was die türkische Frage anbelange, so werde der Vertrag von Sevres zweifellos zur Erörterung kommen. Das Hauptinteresse des britischen Reiches, des Verbandes und tatsächlich der ganzen Welt in dieser Frage sei, daß der Friede wieder hergestellt werde, sei es im mittleren Osten oder in Mitteleuropa. Die britischen Vertreter auf der Konferenz würden von diesem höchsten Wunsche beseelt sein. Vor allen Dingen müsse man dafür sorgen, daß der christlichen Bevölkerung der Türkei, die in der Vergangenheit so sehr unter der türkischen Mißwirtschaft zu leiden hatte, Recht geschieht. Hierauf verbreitete sich Lloyd George über die Frage bezüglich Mesopotamiens und des mittleren Ostens.

Dr. Simons in Karlsruhe.

Volles Vertrauen der badischen Regierung.

Karlsruhe, 16. Febr. Reichsminister Dr. Simons traf heute nachmittag aus Stuttgart hier ein. Er besuchte den Staatspräsidenten. Im Anschluß daran fand eine Sitzung des Staatsministeriums in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Regierung statt. Um 6 Uhr hatte sich der Landtag in den oberen Räumen des Staatsministeriums versammelt. Hier begrüßte Staatspräsident Trunk den Reichsminister und führte aus: Baden erkennt die außerordentlichen Schwierigkeiten der Verhältnisse und den ganz besonderen Ernst der Lage an. Die badische Staatsregierung steht zur Reichsregierung in der programmatischen Durchführung des Friedensvertrages, soweit es in den Grenzen des wirklich Möglichen liegt. Baden steht unerschüttert treu zum Reiche, es erwartet und will keinerlei Sonderbehandlung und Sonderwünsche. Baden schenkt dem Ministerium für seine unendlich schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe volles Vertrauen. — Landtagspräsident Kopf versicherte erneut, daß der Landtag hinter der im Reichstage abgegebenen Erklärung des Außenministers stehe.

Dr. Simons dankte für die warme Begrüßung. Er hob die Notwendigkeit für den Reichsminister des Aeußeren hervor, seine Politik in Einklang mit dem Empfinden des ganzen Volkes zu führen, denn die Diplomatie sei heute keine Geheimwissenschaft mehr. Er habe die Spanne Zeit, während welcher die Sachverständigen in Berlin die deutschen Gegenvorschläge im einzelnen ausgearbeitet hätten, dazu benutzt, um mit den deutschen Mächten, besonders aber mit dem Süden des Reiches, in Verbindung zu treten. Er halte an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkt fest. Der große Aufschwung, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege genommen hat, ist vielleicht nicht so wirksam gewesen, wie der durch das Zusammenhalten der deutschen Stämme bedingte Aufstieg. Man muß uns die Hoffnung lassen, uns wieder emporarbeiten zu können. Kein deutscher Staatsmann kann wagen, dem deutschen Volke 42 Jahre Frondienste unter den vom Feindbund gestellten Bedingungen zuzumuten. Man muß daher ablehnen, den Pariser Vertrag zu unterzeichnen. Die Lage Deutschlands muß sich in den nächsten Wochen klären. Bei dieser Klärung spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle. Einmal, ob Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht das ungeheuer wichtige oberschlesische Gebiet behält, ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestalten werden. Im übrigen bestanden auch über die Auslegung der Konferenzvorschläge bedeutende Unklarheiten. Er erinnert daran, daß hinsichtlich der praktischen Durchführung der 12prozentigen Ausfuhrabgabe auf der anderen Seite nicht weniger als vier Auffassungen sich entgegentreten würden. Daher könne sich diese bei näherer Prüfung als mehr oder weniger unmöglich erweisen.

In der anschließenden Aussprache stellten einige Mitglieder des Landtages Anfragen über die künftige Haltung Amerikas und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland. Der Reichsminister nahm zu sämtlichen Fragen eingehend Stellung. Staatspräsident Trunk drückte darauf die Befriedigung der Versammlung über die Darlegungen des Reichsaußenministers und dankte ihm nochmals herzlich für sein Erscheinen.

Aus dem Reiche.

Das neue Strafgesetz.

Berlin, 16. Febr. Ueber den neuen Entwurf des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich sprach in der juristischen Gesellschaft Professor Kahl. Am wichtigsten sei die Behandlung des allgemeinen Teils. Hier sei die volkstümliche Ausdrucksweise wie die übersichtliche Gliederung und einheitliche Technik des Sprachgebrauchs zu rühmen. Entschieden sei für die Beurteilung des neuen Gesetzbuches sei die Frage, wie die großen Forderungen des Reformprogrammes, welches die Reim nalisten seit etwa 20 Jahren aufgestellt haben, gelöst seien. In Bezug auf die schärfere physiologische Differenzierung des Verbrechertums habe sich der Entwurf von den unklaren Entscheidungen des § 51 gelöst, die bisherigen Ergebnisse der Wissenschaft wären in vertiefter Weise angewendet und die verminderte Zurechnungsfähigkeit anerkannt. Das Jugendstrafrecht sei vertieft, Strafmittel und Strafanwendung zeigten wesentliche Fortschritte. Die Geldstrafen seien reformiert. Die Strafanwendung werde verfeinert durch die Vereinsamerung der milderen Umstände.

Nationaler Trauertag für die Gefallenen.

Berlin, 16. Febr. Die Regierungsparteien des Reichstags ersuchen vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes, wodurch ein nationaler Trauertag für die Kriegsopfer eingeführt wird. Die Reichsregierung nahm mit den beteiligten Kreisen, besonders mit den kirchlichen Stellen, Fühlung und legte nunmehr dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vor, worin der 6. März zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Der Vorschlag wird dem in weiten Kreisen des deutschen Volkes empfundenen Bedürfnis Rechnung tragen, diesen Tag dem gemeinsamen Ausdruck des Gefühls der Trauer über alle Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staat und dem einzelnen auferlegte. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage der dauernden Einführung eines nationalen Trauertages weiteren Erwägungen vor.

Zur Beendigung des Heeres-Abwickelung.

Aus dem Reichsfinanzministerium schreibt man uns: Die Abwickelung der alten Wehrmacht wird am 31. 3. 1921 beendet; die Abwickelungsbehörden werden zu diesem Zeitpunkt aufgelöst. Dies zwingt dazu, die Abwickelungsbehörden von allem Unnötigen zu entlasten und alle Kräfte auf die wichtigen Restaufgaben zu beschränken. Die weitgehendste Dezentralisation der Geschäfte auf die provinziellen Abwickelungsstellen (Abwickelungsquartiere) und deren erhöhte Verfügungsbefugnisse sollen schnelle aber auch endgültige Erledigung durch eine Instanz ermöglichen. Es hat den deshalb Anträge, Gesuche, Beschwerden und Eingaben bei vorgesetzten Dienststellen (Heeresabwicklungsämtern, Marineabwicklungsamt, Heeresabwicklungs-Hauptamt, Reichsabwicklungsamt und Reichsfinanzministerium) unbeantwortet. Ebenso ist Anweisung gegeben, daß die höchst störenden persönlichen Vorstellungen und Besuche von den Chefs der Abwickelungsbehörden zurückgewiesen werden. Bei Versäumung der Anschlußfrist nach der Abgeltungsordnung vom 5. 12. 1919 werden Anträge grundsätzlich nicht bearbeitet. Bei diesen Maßnahmen, die vom allgemeinen Interesse aus dikt ert sind, rechnet die Reichsfinanzverwaltung auf die Unterstützung aller Behörden, der Abgeordneten und Ländervertreter, der Presse und ganz besonders auf die Einsicht des Einzelnen, der Vereine und Verbände. In Form und Art nicht zulagende Entscheidungen bitter die Reichsfinanzverwaltung mit der harten Ueberleitung der Abwickelungsdienststellen, deren Personal nur noch zum allergeringsten Teil aus dem aktiven Stammpersonal besteht, ohne Empfindlichkeit hinzunehmen in der Ueberzeugung, daß es keinesfalls in der Absicht der Behörden liegt, zu kränken, sondern unter Beachtung der privaten und allgemeinen Interessen fristgemäß die Abwicklung zu beenden.

Der Prozeß gegen die 7 Führer der Roten Aktion.

TU. Kassel, 16. Februar.

Unter starkem Andrang des Publikums begann heute vormittag vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos 2 der Prozeß gegen die sieben der Organisation einer roten Armee im Ruhrrevier angeklagten Kommunisten. Nach der Eröffnung der Verhandlungen durch Landgerichtsrat Dr. Hachmann stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wolf aus Düsseldorf den Antrag, daß das Gericht sich als Sondergericht unzuständig erklären soll. Er führte u. a. durch ebenso Material dazu an, daß seines Erachtens nach das Gericht unzuständig sei, weil es verfassungswidrig sei. Artikel der Reichsverfassung verletze. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, auf die sich die Einrichtung des Sondergerichts stütze, sei aus einem anderen Sinne heraus geboren, nämlich dem, die ungesetzliche Organisation der Freikorps während des Kapp-Putsches zur Rechenschaft zu ziehen. Im Verlaufe der Verhandlungen werde er beweisen, daß die Korps sämtlich noch bestehen und bewaffnet im Lande verteilt sind. Die Staatsanwalt wolle jetzt den Spieß umdrehen und zu einem großen Schlag gegen die kommunistische Partei als solche ausholen. Dieser Schlag werde ins Wasser fallen und die Rockschöße der Staatsanwaltschaft in einer Weise durchlöchern, an die heute noch nicht gedacht werde. Ungerecht sei es auch, daß das Sondergericht im Auftrage des Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister eingesetzt worden sei. Er habe eine 18 Seiten lange Verfügung des Reichswehrministers bei den Akten, woraus hervorgehe, daß die Reichswehr zum Kampf im Innern gedrillt werden soll. R.-A. Dr. Sackel aus Frankfurt a. M. erinnerte an die von den Franzosen während der Besetzung von Frankfurt eingerichteten Militärgerichte und folgert daraus, daß sich das Kasseler Sondergericht nur der Gewalt beuge, wenn es sich für zuständig erklärt. Es bestehe dann aber nicht zu Recht. Staatsanwalt Dr. Rieger erwidert, daß seiner Ansicht nach doch keine Rechtsorganisation vorhanden ist, weil keinerlei Material dagegen vorliege. Immer seien es, wie z. B. beim jüdischen Orden in Kassel, harmlose Vorgänge gewesen. Dagegen treibe die kommunistische Presse eine schamlose Hetze gegen die Regierung, gegen die Richter, gegen die Wehr und gegen die Polizei und fordere zum [illegible] Aufruhr auf. Täglich schießen neue rote Organisationen wie Pilze aus der Erde. R.-A. Dr. Wolf stellte fest, daß der Staatsanwalt den Prozeß von vornherein in ein politisches Fahrwasser gebracht habe. Er werde übrigens im Verlaufe der Verhandlungen noch wiederholt Gelegenheit finden, sich mit dem Herrn Staatsanwalt in politischem Kampfe zu messen, wobei letzterer den Kürzeren ziehen werde. Der Verteidiger führt zahlreiche Präzedenzfälle bei Reichsorganisationen an und verweist auf das Breslauer Sondergerichtsurteil, durch das ein Leutnant freigesprochen worden sei. Das Gericht beschloß, die Akten über diese Urteil einzufordern. Nachdem sich das Gericht für zuständig erklärt hatte mit der Begründung, daß ein Sondergericht nur dann ein Ausnahmegericht sei, wenn es sich gegen bestimmte Personen eine Partei richtet, was hier aber nicht der Fall ist, weil jedermann vor dieses Gericht kommen kann, wenn er gegen bestimmte Paragraphen verstößt, legte der Vorsitzende dar, daß die ordentlichen Gerichte mit ihrem Ueberfluß an formellen Bestimmungen nicht dem Zwecke der Verordnung des Reichspräsidenten entsprechen, die Beschleunigung im Interesse des Reiches herbeizuführen. Von einem Widerrufsrecht der Militärgerichtsbarkeit könne keine Rede sein. Damit wurden die Anträge gegen die sieben einzelnen Angeklagten verlesen, worauf Rechtsanwalt Dr. Wolf wiederum den Antrag stellte, daß das Gericht unzuständig sei, weil die Angeklagten auf Grund der Anklage wegen Hochverrats schuldig sein müßten. Die Verhandlungen gehörten dann vor das Reichsgericht.

Deutschland und Rußland.

Berlin, 16. Febr. Der Berliner Vertreter der russischen Sowjet-Republik, Kopp, hat sich in Moskau gegenüber einem Mitarbeiter der „Iswestija" über die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen folgendermaßen geäußert: Deutschland könne Rußland sehr viel geben. Die deutsche Industrie sei stark. Die deutschen Fabriken seien gerade auf die Produktion speziell für Rußland geeigneter landwirtschaftlicher Geräte eingestellt und könnten daher derartige Bestellungen mit Leichtigkeit erfüllen. Ebenso sei es mit chemischen und pharmazeutischen Produkten bestellt. Zur Verbesserung des russischen Verkehrswesens habe die Sowjet-Regierung bereits in Deutschland eine Bestellung auf Lokomotiven und Ersatzteile gemacht. Nach Beseitigung einiger formeller Schwierigkeiten werde die Bestellung zu der anfänglich beabsichtigten Zahl von 1000 Lokomotiven in Bälde erhöht werden.

Berlin, 16. Febr. Ueber durchgreifende Veränderungen in der sowjetrussischen Verwaltung in Berlin wird mitgeteilt, daß die Vertretungen verschiedener selbständiger Sektionen geteilt werden und bei vor allem eine handelspolitische Abteilung errichtet werden dürfte. Ebenso sollen eigene Abteilungen für das Kriegsgefangenenwesen und die Propaganda errichtet werden. Berlin soll das Zentrum der kommunistischen Propaganda von Westeuropa werden.

Verlängerung der Entwaffnungsfrist.

Berlin, 16. Febr. Da das gemäß dem Abkommen von Spaa erlassene Entwaffnungsgesetz am 1. Mai abläuft, ist seine Verlängerung bis zu dem in der Entwaffnungsnote des Verbandes bestimmten Termin, dem 30. Juni d. J., notwendig geworden. Eine einfache Verlängerung der Dauer wird zur Durchführung der eigentlichen Entwaffnung innerhalb der vom Feindbund festgesetzten Frist genügen, weil das bisherige Gesetz des Reichswehrministers, die Vollmachten zur Aufstellung der Termine für die Waffenabgabe erteilt. Da die Waffenablieferung im wesentlichen abgeschlossen ist, kommt nur noch die Einlösung der Waffen der Einwohnerwehren und anderer Organisationen in Frage.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

18) (Nachdruck verboten.)

7. Kapitel.

Das „Sommerfest" des Oberstleutnants Armstorf verlief in der Tat viel unterhaltender als [illegible] Holkeldes wahrscheinlich in seinen sogenannten umdüsterten Gemütsstimmung versprochen hatte.

Die Miete [illegible] des Oberstleutnants in Schlachtensee war zwar nur von sehr bescheidener Größe, und [illegible] Luftschlösschen weltenweit entfernt, und der Garten, den er so hochtrabend seinen Park zu nennen pflegte, hatte recht bescheidene Dimensionen, aber er war sehr liebevoll gepflegt, mit blühenden Rosenstöcken und anderen duftspendenden Kindern des Sommers reich besetzt und hatte in seinem Hintergrunde einen nach allen Regeln der Kunst angelegten Tennisplatz aufzuweisen, der durch dicke Hecken umpflanzt den Blicken neugieriger Vorübergehender entzogen wurde.

Zu allerlei Ergötzlichkeiten für jugendliche Gemüter und namentlich zu ungestörtem Flirt war der Armstorfsche Garten also ebenso wohl geschaffen wie der allerschönste englische Park, und wenn dem jungen Schriftsteller auch der Sinn sehr wenig nach derartigen Dingen gestanden hatte, als er in früher Morgenstunde die kurze Fahrt auf der Wannseebahn zurückgelegt hatte, so begannen doch der wie verjüngende Zauber der Natur und die Geselligkeit sorglos fröhlicher, jugendlicher Menschenkinder bald ihre wohltätig belebende und erheiternde Wirkung auf ihn zu üben.

Die Zahl der geladenen Gäste war nicht groß, und sie setzte sich ausschließlich aus den jüngeren Familienmitgliedern der benachbarten Villenbesitzer zusammen. Aber es waren ein paar recht hübsche junge Mädchen darunter, deren Munterkeit etwas unverschämt Ansteckendes hatte. Die Uebermütigste und Ausgelassenste von allen freilich war das sechzehnjährige Töchterchen des Gastgebers selbst. Und man hätte es nahe glauben können, Fräulein Edith sei von ihrem Vater mit der besonderen Aufgabe betraut worden, die Sorge für Heinz Holkeldes Erheiterung auf sich zu nehmen. Vom Augenblick seines Eintreffens an hatte sie sich nämlich unablässig ihm gewidmet und ihn mit der liebenswürdigen Drolerie ihres frischen, ungekünstelten Wesens buchstäblich nicht eine Minute lang dazu kommen lassen, seinen Gedanken nachzuhängen.

Mit ihrem in rosigster Gesundheit strahlenden Gesichtchen, ihrer zierlichen, geschmeidigen Figur und ihrem glockenhellen Lachen hätte sie fürwahr auch den verbissensten Griesgram zur Fröhlichkeit bekehren können. Und Heinz Holkelden war doch am Ende ein junger Mann, der gegen weibliche Anmut und weiblichen Liebreiz nicht lange unempfindlich bleiben konnte. Sein schönheitsfreudiges, künstlerisch gestimmtes Auge erfreute sich an der ungezwungenen Grazie in Ediths lebhaften Bewegungen, wenn sie seine Partnerin im Tennisspiel war, und ihr munteres Geplauder, das bei aller kindlichen Harmlosigkeit doch niemals die Klugheit und Wahlerzogenheit der jungen Dame aus den besseren Ständen vermissen ließ, scheuchte sogar alle dunklen Gedanken und Sorgen aus seinem Hirn.

Die Stunden gingen im Fluge dahin. Man spielte, tollte und lachte nach Herzenslust. Und bei dem ziemlich sommerlich [illegible] das gegen Abend den Obersleutnant mit seinen jungen Gästen vereinte, gab es die lustigste Unterhaltung und die vergnügtesten Gesichter.

Nach dem Essen drängte es zwar die junge Welt sogleich wieder ins Freie hinaus, aber man hatte wenig Re gung, in der Hitze sogleich aufs neue mit dem Spiel zu beginnen, und tag es vor sich, zumeist paarweise, hier hin und dorthin zu zerstreuen, um sich der noch ausständigen Beschäftigung des Tanzmachens und Tändelns hinzugeben.

Wieder hatte Edith den jungen Schriftsteller mit Beschlag belegt, und er hatte sich sehr bereitwillig zu ihrem Gefangenen machen lassen. Schon am Vormittag hatte sie ihm erzählt, daß sie eine sehr eifrige Amateurphotographin sei, und da er selbst sich eine Zeitlang mit ziemlichem Eifer auf diesem Gebiet bemüht hatte, brachte er dem, was sie ihm da jetzt aufs neue über ihre erstaunlichen Leistungen erzählte, ein nicht bloß aus Galanterie erheucheltes Interesse entgegen.

Als er den Wunsch aussprach, einige von ihren lichtbildnerischen Kunstwerken zu sehen, war sie sogleich bereit, seinem Verlangen zu willfahren.

„Ich habe schon ein riesengroßes Album voller Bilder," sagte sie, „Aber ich möchte nicht, daß die anderen es auch zu Gesicht bekommen. Der eine oder der andere ist immer geneigt, seinen Witz an solchen kleinlichen Dingen zu üben. Und ich kann das sehr schlecht vertragen. Wenn Sie also meine Bilder betrachten wollen, müssen Sie schon die Freundlichkeit haben, mich in mein Zimmer zu begleiten."

Das war eine Bedingung, der sich Holkelden gern fügte. Und sie hatten es nicht weit, denn Ediths Zimmer lag im unteren Stockwerk des Hauses, ein [illegible] und [illegible] Mädchenzimmer mit hellen Tapeten, weißen Möbeln und Vorhängen und sorgfältigstem Puppentoilettentisch. Gleichzeitig schleppte sie das große Album herbei, von dem sie ihm gesprochen, und indem sie sich neben ihn setzte, begann sie, leicht über seine Schulter geneigt, ihm die nötigen Erläuterungen zu den einzelnen Bildern zu geben.

Aber sie waren noch nicht sehr weit in ihrer gemeinsamen Betrachtung gekommen, als draußen die Stimme des Oberstleutnants ertönte.

„Mein Vater ruft mich," sagte Edith mit einem kleinen Anflug von Bedauern in der Stimme. „Ich will hören, was er von mir will, und werde dann gleich zurückkommen. Wollen Sie so lange hier auf mich warten?"

Heinz erklärte natürlich sein Einverständnis, und sie schlüpfte behend hinaus. In der Tür aber wandte sie sich noch einmal nach ihm um, so daß er den vollen Anblick ihres reizenden Gesichtchens hatte, und lächelte ihm mit freundlichem Kopfnicken zu, um zugleich zu versichern, daß seine Geduld gewiß nicht auf eine zu harte Probe gestellt werden solle.

In diesem Augenblick ging eine seltsame Empfindung über deren Ursache er sich nicht im mindesten Rechenschaft zu geben vermocht hätte in ihm vor.

Als wären sie mit einem Zauberschlage aus ihrer zeitweiligen Vergessenheit herausgeschworen worden, waren plötzlich alle die düsteren Bilder und alle die beklemmenden Gedanken, die ihm die letzten Tage verdunkelt hatten, wieder vor sein Gemüt und seinen Geist lebendig. Und niemals, nachdem sie ihm in der nächtlichen Finsternis entschwunden war, glaubte er das Gesicht der geheimnisvollen Unbekannten so greifbar deutlich vor sich gesehen zu haben, als in diesem Augenblick.

(Fortsetzung folgt.)

30 000 Mark in Goloſtücken beſchlagnahmt.

Berlin, 17. Febr. Bei einem Mühlenbeſitzer namens Klein in Klotthauſen, der der Steuerbehörde angab, vermögenslos zu ſein, wurde durch eine Reviſe des Landjägerkorps eine gründliche Haus ſuchung vorgenommen. Man fand 30 000 Mark in 10- und 20-Mark-Stücken, ferner 80 000 Mark in Reichsſcheinen. Das Geld wurde für die Staatskaſſe beſchlagnahmt.

Das Urteil im Köthener Putſchprozeß.

Deſſau, 17. Febr. Das Urteil im Köthener Putſchprozeß lautete gegen ſämtliche 35 Angeklagte auf Gefängnisſtrafen von 14 Tagen bis 7 Monaten. Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen Angeklagten Freiſprechung beantragt.

Die Wahl Poincarés zum Vorſitzenden des Senatsausſchuſſes für auswärtige Angelegenheiten.

Paris, 17. Febr. „Ere Nouvelle" bezeichnet die Wahl Poincarés zum Vorſitzenden des Senatsausſchuſſes für auswärtige Angelegenheiten als eine Bedeutungsvolle Wahl und fragt, ob die Kommiſſion denn nicht ihre Rechte hätte wahren können, ohne den gefährlichſten Mann des Parlaments an die Spitze zu ſtellen. Ob man es wolle oder nicht, Poincaré ſei gegenwärtig die Hoffnung aller Reaktionäre und aller Chauviniſten und zwar in dem Maße, daß ſogar die treuſten Anhänger der Tagesordnung Brack, als die Sozialdemokraten, die keinen Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien eingehen wollten, entſchloſſen ſeien, gegen ihn einen Block der Linken aufzurichten. Poincaré ſtelle in dem Augenblick, in dem es notwendig ſei, Bündniſſe zu einem befeſtigten Frieden endgültig feſtzuſtellen, eine Politik aggreſſiver Haltung dar. Selbſt der ihm politiſch naheſtehende „Temps" habe die Geſahr, die ſeine Haltung für Frankreich bedeute, für ſo groß gehalten, daß er geſtern abend einen Alarmruf ausgeſtoßen habe.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 17. Februar.

Zur Beachtung für alle Wahlberechtigten.

Wir empfehlen allen Wahlberechtigten in ihrem eigenen Intereſſe für die am kommenden Sonntag ſtattfindenden Wahlen die Beachtung folgender Ratſchläge:

1. Jede wahlberechtigte Perſon ſuche mit Rückſicht auf die durch die deutſchen Wahlen bedingte längere Zeitdauer des einzelnen Wahlvorganges von dem Wahlrecht möglichſt frühzeitig Gebrauch.

2. Um 8 Uhr abends wird die Wahlhandlung geſchloſſen. Nur diejenigen wahlberechtigten Perſonen, welche zu dieſer Zeit noch in dem Wahllokal anweſend ſind, aber noch nicht gewählt haben, werden zur Wahl noch zugelaſſen.

3. In den Wahllokalen werden den Wahlberechtigten je 2 Wahlumſchläge zur Stimmabgabe ausgehändigt.

4. Der Wahlumſchlag für die Landtagswahl iſt von blauer Farbe und trägt den Aufdruck „Landtagswahl"; derjenige für die Provinziallandtags- und Kreistagswahl iſt grau und mit dem Aufdruck „Provinziallandtag" und „Kreistag" verſehen. In jeden der beiden Wahlumſchläge wird von den Stimmberechtigten nur je ein Stimmzettel mit den darauf angegebenen Partei- und Wahlbezeichnungen hineingelegt und dem Wahlvorſteher abgegeben.

5. Wahlſcheine für auswärtige Wahlberechtigte werden nur noch bis Samstag, 19. Februar, mittags 12 Uhr in dem Rathaus, Zimmer 14, in Empfang genommen und ausgeſtellt.

Ausſchneiden und aufbewahren.

*

— Achtung, Zentrumswähler! Im Wahllokale erhält jeder Wähler zwei Wahlumſchläge. Ein Umſchlag trägt den Aufdruck: „Landtagswahl", der zweite: „Prov. Landtagswahl — Kreistagswahl". In jeden Umſchlag ſtecke man einen Stimmzettel. Sonſtige und ſtreiche nichts an den Stimmzetteln noch an den Umſchlägen. Jeder ſetze ſich alſo rechtzeitig in den Beſitz von zwei Stimmzetteln. Die Auszählung hat begonnen. — Zentrumswähler und Freunde treffen ſich am Wahltage zur Entgegennahme der Ergebniſſe bei Wirt Limberg, Wittener Straße 9.

— Die Straßenbahner des rhein.-weſtfäliſchen Induſtriebezirks haben heute die Arbeit niedergelegt und ſind in den Streik getreten. Die Verhandlungen hatten einen im Januar gefällten Schiedsſpruch, der eine Lohnerhöhung von 20 Prozent vorſah, nicht annehmen können, da ſie keine Möglichkeit boten, die ohnehin ſchon überall mit Verluſt arbeitenden Straßenbahnen bei Stundenlöhnen von 60 ₰ und 7,— ℳ über Waſſer halten zu können. Betriebseinſchränkungen und Stillegungen wären die Folge, da weitere Fahrpreiserhöhungen durch Abwanderung der Fahrgäſte wenig Erfolg verſprechen. Auch waren in dem Schiedsſpruch die Anregungen der Arbeitgeber auf Beſſerſtellung der Verheirateten unter Berückſichtigung der Dienſtjahre unberückſichtigt geblieben, ein bis dahin gezahltes Hausſtandsgeld war ſogar geſtrichen. Bei Ablehnung des Schiedsſpruches, deſſen Annahme aber Ablehnung beiden Parteien freiſtand, haben indeſſen die Arbeitgeber, um jeden Vorwand zur Beunruhigung zu beſeitigen und die Bereitwilligkeit zu einer Verſtändigung unzweifelhaft zu zeigen, einen Vorſchuß von 150 ℳ bezw. 100 ℳ gezahlt. Die Arbeitnehmer beantragten Verbindlichkeitserklärung und beſchloſſen, keinen Fingerbreit von dem Schiedsſpruch abzugehen. Das Reichsarbeitsminiſterium lehnte die Verbindlichkeitserklärung ab und bot weitere Verhandlungen an, die jedoch von Arbeitnehmerſeite ſchroff abgelehnt wurden. Am kommenden Montag hat das Reichsarbeitsminiſterium erneut Verhandlungstermin anberaumt, trotzdem wird der längſt beſchloſſene Streik in Szene geſetzt. Die Verwaltungen haben heute durch Anſchlag bekannt gegeben, daß alle diejenigen, die nicht bis zum 19. ds. Mts. ihren Dienſt wieder aufgenommen haben, entlaſſen ſind.

— **Gevelsberger Allgemeine Sterbekaſſage.** Die Gevelsberger Allgemeine Sterbekaſſage hielt am vergangenen Sonntag ihre Generalverſammlung ab. Aus dem zunächſt erſtatteten Jahresbericht iſt kurz folgendes zu erwähnen. Die Kaſſe zählte zu Anfang des verfloſſenen Jahres 841 Mitglieder. Zur Neuaufnahme gelangten 38 Mitglieder, durch den Tod ſowie durch Unterlaſſung der Beitragszahlung verlor die Kaſſe 21 Mitglieder, ſo daß die Mitgliederzahl am 1. Januar ds. Js. 857 betrug. Die Einnahme im verfloſſenen Jahre betrug 3809,34 ℳ, die Ausgabe 3925,22 ℳ, das Kaſſenvermögen am Schluß des Jahres 17 339,80 ℳ. Mit Rückſicht auf die Teuerungsverhältniſſe der heutigen Zeit, wo 100 ℳ Sterbegeld eine kaum merkliche Unterſtützung zu den hohen Beerdigungskoſten darſtellen, wurde von den Mitgliedern beſchloſſen, den Jahresbeitrag ſowie das Sterbegeld auf das Vierfache des heutigen, alſo von 100 ℳ auf 400 ℳ, zu erhöhen. Dieſer Beſchluß der Generalverſammlung ſoll der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Kaſſenlokal iſt nach wie vor bei Rich. Hackenberg, wo an jedem 2. Sonntag des Monats die Beiträge und Neuanmeldungen entgegen genommen werden. Wegen des äußerſt mäßigen Jahresbeitrages der einzelnen Mitglieder und der beſchloſſenen Erhöhung des Sterbegeldes auf 400 ℳ iſt der Beitritt zur Kaſſe jedem anzuraten.

— Deutſches Sängerbundesfeſt im Jahre 1924. Der Geſamtausſchuß des deutſchen Sängerbundes trat zu mehrtägigen Verhandlungen zuſammen, in denen neben Organiſationsfragen beſonders die Abhaltung des deutſchen Sängerbundesfeſtes im Jahre 1924 in Hannover Gegenſtand der Beratungen war. Die Geſchäftsordnung des deutſchen Sängerbundes ſoll, ſo wurde beſchloſſen, unangetaſtet bleiben. Der Antrag des Fränkiſchen Sängerbundes, die Katharinenkirche (Meiſterſinger!) in Nürnberg für die Errichtung eines deutſchen Muſeums zu erwerben, ſoll weiter verfolgt werden. Der nächſte Sängertag ſoll zu Pfingſten d. J. nach Regensburg berufen werden. Die Abhaltung des deutſchen Sängerbundesfeſtes im Jahre 1924, für deſſen Veranſtaltung Hannover die erforderlichen Vorausſetzungen bieten kann, wurde endgültig beſchloſſen.

— Auch ein Streikgrund. Man ſchreibt aus Duisburg: Eine hieſige Speditionsgeſellſchaft hatte Rohzucker zu leichtern, da die betreffenden Kähne wegen des niedrigen Waſſerſtandes nicht voller Ladung zum Oberrhein nicht fahren konnten. Den Beamten dieſer Geſellſchaft war es aufgefallen, daß die Arbeiter, die mit der Ueberladung betraut waren, Zucker für ſich beiſeite ſchafften, und ſie ließen ihn nun durch die Polizei eine Durchſuchung abhalten. Der von der Polizei gefundene Zucker wurde den Arbeitern abgenommen worauf dieſe geſchloſſen die Arbeit niederlegten. — Ein Kommentar hierzu iſt überflüſſig.

Der ſchwarze Schrecken.

Im deutſchen Vaterlande gibt es, leider Gottes, noch immer Leute, die da glauben, nichts Beſſeres tun zu können als das eigene Neſt beſchmutzen. Ich will einmal dieſen Ausdruck gebrauchen; er iſt zwar nicht ſo ganz fein, nicht ſo ganz geſellſchaftlich angezogen, aber er ſcheint mir treffend, bezeichnend, der Lage angemeſſen. Wenn man die Reden lieſt, die im Reichstag, im Landtag oder ſonſt irgendwo gehalten werden, ſteigt einem die Schamröte ins Geſicht bei dem Gedanken, daß es Deutſche ſind, die vergeſſen, daß eine deutſche Mutter an ihrer Wiege ſtand; die gar nicht mehr zu wiſſen ſcheinen, was ſie dem Deutſchtum, dem Vaterland, den Volksgenoſſen ſchuldig ſind. Ich weiß manchmal nicht, ob da Böswilligkeit vorliegt, bewußte Abſicht, Raſſiſtät oder grenzenloſe Dummheit. Möge ſich der, den es angeht, das ausſuchen, was ihm am beſten paßt. Was „zwiſchen Frankreich und dem Böhmerwald" heutzutage an Verunglimpfungen, Verleumdungen Beſch mpfungen, Läſterungen, Schmähungen dem eigenen Volkstum, der eigenen Volksgenoſſen gegenüber geleiſtet wird, iſt einfach unglaublich. Das feindliche Ausland hat ſelbſtverſtändlich dafür nur Hohngelächter, empfindet darüber die reinſte Schadenfreude, während die uns wohlgeſinnten Neutralen vor lauter Verwunderung den Kopf ſchütteln. Reden, wie ſie bei uns an der Tagesordnung ſind, wären in England, in Frankreich oder in Italien unmöglich, undenkbar. Wenn da einer das eigene Vaterland ſo herabſetzte, wie es hier tagtäglich geſchieht, er käme nicht über den Anfang hinaus; die allgemeine Entrüſtung würde ihn hundertfach überdonnern, ſelbſt wenn er nach Berliner Muſter das Maul ſoweit aufmachte, wie der Bauer ſein Scheunentor. Unter dieſen Verhältniſſen iſt umſo erfreulicher, troſtreicher, ſchätzenswerter die Kunde, die von jenſeits des Weltmeeres zu uns herüberdringt und die Zeugnis davon ablegt, daß unſere Brüder dort drüben noch der alten Heimat gedenken, mit Stolz, mit Freude, aber auch mit Wehmut und Trauer. So wurden mir vor einigen Wochen verſchiedene Broſchüren aus Argentinien zugeſchickt, ich glaube, ein Dutzend oder mehr, die geſchrieben und gedruckt ſind, um für das Deutſchtum einzutreten, Aufklärung unter der argentiniſchen Bevölkerung zu verbreiten und den Lügenfeldzügen unſerer Feinde entgegen zu treten. Selbſtverſtändlich ſind alle dieſe Abhandlungen in der Landesſprache gehalten, alſo in Spaniſch. Ein Heftchen hat den Titel: El Terror negro; der ſchwarze Schrecken. Ein Ruf an das Gewiſſen der Welt. Druck von der Empreſa Editorial „Germania". Buenos Aires. 1920.

Hier heißt es in der Einleitung: Dieſer ſchwarze Schrecken, verpflanzt an die Ufer des Rheines durch das Oberkommando des franzöſiſchen Beſatzungsheeres, ſtellt eine Beleidigung dar für die Zivilſation und für die Ehre der weißen Raſſe.

Weiter heißt es: Deshalb ſtehen wir nicht an, zu erklären und laut zu verkünden, daß die Verwendung von farbigen Truppen in dem franzöſiſchen Beſatzungsheer in den weſtlichen Gebieten Deutſchlands ein Verbrechen gegen die Humanität iſt. Und deshalb laden wir das argentiniſche Volk ein . . . ſeine Proteſtſtimme mit der unſerigen zu vereinen, damit ſo bald wie möglich ein Zuſtand aufhöre, der eine Schmach iſt für den Geiſt unſerer Epoche, für die Würde und Ehre der weißen Frau und für die Kultur des menſchlichen Geſchlechtes.

Im Schlußwort dann heißt es: Solche Schrecken ſchreien zum Himmel. Bedenket, was aus euren Frauen, euren Töchtern und Schweſtern würde, wenn eines Tages dieſes gelegnete Land durch ähnliche wilde Horden überſchwemmt würde! Oft Schon bei dem Gedanken daran ballen ſich eure Fäuſte und röten ſich eure Wangen! Argentinier! Denkt an das gemeinſame Ideal, an die Gemeinſchaftlichkeit der weißen Raſſe.

Inwieweit dieſe Broſchüren dazu beigetragen haben, das gegenſeitige Verſtändnis zu fördern, entzieht ſich natürlich meiner Kenntnis; das läßt ſich von hier aus auch ſchlecht beurteilen. Jedenfalls ſind die Beziehungen zwiſchen Deutſchland und dem hochherzigen Volk der Argentinier, in deſſen Adern auch Allgemeines Blut rollt, zurzeit die denkbar beſten. Das geht aus einem Bericht hervor, die dieſer Tage durch die Preſſe ging. Die deutſche Schiff, das nach dem Kriege in argentiniſchen Hafen ankam, ſandete unter dem ungeheuren Jubel der zuſammengeſtrömten Bevölkerung.

Dr. Karl Faber (Bochum).

Der „Syndikus" des „Bundes der Vorbeſtraften".

Ein eigenartiger Zwiſchenfall ſpielte ſich bei Beginn der Verhandlung eines großen Prozeſſes in Moabit ab. Seit längerer Zeit macht in dem Rechtsanwaltszimmer des Moabiter Kriminalgerichts ein Rechtsanwalt Simon dadurch von ſich reden, daß er es als Syndikus des „Bundes der Vorbeſtraften" verſtanden hat, ſich in kurzer Zeit eine ſehr gutgehende Praxis zu verſchaffen, ſo daß er faſt täglich als Verteidiger in Strafſachen auftrat. In der Verhandlung trat Rechtsanwalt Simon wieder als Verteidiger auf. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab Rechtsanwalt Dr. Abraham auch im Namen ſeiner Mitverteidiger die Erklärung ab, daß Rechtsanwalt Simon überhaupt kein Rechtsanwalt iſt, und daß er wegen Unterſchlagung von Kautionen und wegen Erpreſſung ſteckbrieflich geſucht werde. Der angebliche Rechtsanwalt zog es deshalb vor, ſchleunigſt die Robe auszuziehen und zu verſchwinden, um bald darauf verhaftet zu werden. Angeblich war er in der Kommuniſtenzeit in Oldenburg — Juſtizminiſter.

Wirtſchaftlicher Teil.

Reform der Reichsverſicherung?

Faſt jeder Deutſche iſt an der Reichsverſicherung, an der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen- oder an der Angeſtelltenverſicherung beteiligt, ſei es als Empfangsberechtigter, oder ſei es nur als Beitragszahlender. Grundlegende Aenderungen an der Reichsverſicherung haben daher faſt für jeden Deutſchen Bedeutung. Deshalb verdienen Beſtrebungen auf einen „Geſamtumbau" der Reichsverſicherung, wie ſie neuerdings vom Reichsarbeitsminiſterium ausgehen, allgemein beſondere Beachtung. Wie Veröffentlichungen aus dem Reichsarbeitsminiſterium im „Reichsarbeitsblatt" ergeben, wird in dieſem Reichsminiſterium der Plan einer ſogen. Vereinheitlichung der verſchiedenen Zweige der Reichsverſicherung verfolgt. Die e Pläne ſtützen ſich auf fehlgehende theoretiſche Erwägungen und müſſen beſondere von den mit den tatſächlichen Verhältniſſen vertrauten Kreiſen nachdrücklich bekämpft werden. Krankheits-, Unfall-, Alters- und Hinterbliebenenverſorgung ſowie die Verſicherung gegen Arbeitsloſigkeit, wie ſie in Ausſicht genommen iſt, bedeuten derartig verſchiedene Zuſtände, daß eine einheitliche Regelung dafür theoretiſch denkbar, praktiſch aber unmöglich iſt. Dieſe verſchiedenartigen Zuſtände erfordern eine verſchiedenartige Behandlung und Fürſorge. Wenn man die Einrichtungen dafür auch zentraliſieren würde, ſo müßte man im Rahmen der Einheitsgebilde wieder dezentraliſieren. Man käme im Grunde zu demſelben Ergebnis, wie ſich heute die Reichsregierung darſtellt; die Reichsverſicherung wäre nur verumſtändlicht, ſchwerfälliger geſtaltet und vor allem weſentlich verteuert worden. Wir haben im deutſchen Reich in den letzten Jahren umſtürzleriſche Eingriffe in überlieferte Einrichtungen genügend zu verzeichnen gehabt. Daß dadurch beſondere Fortſchritte erzielt worden ſind, wird niemand behaupten können. Es liegt kein Anlaß vor, auch die Reichsverſicherung, die bisher die Stürme der Zeit verhältnismäßig gut überſtanden hat, in den Umſturz einzubeziehen und recht zweifelhaften Experimenten entgegenzuführen.

Eine Gefährdung der Schlichtungsordnung.

Die ſchon ſeit längerer Zeit der Beratung der verſchiedenen Regierungsſtellen und Verbände unterliegende Schlichtungsordnung hat haupt ſächlich den Zweck, durch ein ordnungsgemäßes Schlichtungsverfahren eine Sicherung gegen willkürliche Störungen des Wirtſchaftslebens zu ſchaffen und das Arbeitsverhältnis zu ſtabiliſieren; daneben ſollte ſie auch noch wirkſamer als bisher die ſehr oft in der überwiegenden Mehrheit befindlichen Arbeitswilligen gegen den vielfach recht rückſichtsloſen Terror einer verhältnismäßig kleinen Minderheit ſchützen. Zu dieſem Zweck war in den urſprünglichen Entwurf der Vorſchrift hineingearbeitet, daß Arbeitskämpfe nur nach Erſchöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten zuläſſig ſeien, und daß zuwiderhandelnde Parteien in Strafe verfielen. Für die Sicherung der ſogenannten lebenswichtigen Betriebe waren noch beſondere Beſtimmungen in dem Entwurf vorgeſehen. Nur bei Aufnahme dieſer Beſtimmungen hat die Schlichtungsordnung überhaupt einen Zweck; ohne ſie iſt ſie völlig ſinnlos.

Bezeichnenderweiſe jedoch haben bei den Beratungen, die von der Regierung mit den Intereſſentenverbänden gepflogen wurden, die Vertreter der Arbeitnehmer in ihrer Mehrzahl ſich gerade gegen dieſe Vorſchläge aufs Schärfſte ausgeſprochen und ſich beſonders auch gegen den vorgeſehenen Schutz der lebenswichtigen Betriebe gewandt, während die Unternehmer ſich mit dem Entwurf im großen und ganzen einverſtanden erklärten, unter Betonung des Umſtandes, daß gerade die Verpflichtung zur Anrufung der Schlichtungsſtellen und der Schutz der lebensnotwendigen Betriebe den Sinn der Schlichtungsordnung ausmachten. Ueber die endgültige Stellungnahme der Regierung zu dieſer Frage iſt noch nichts bekannt. Bei ihrer bekannten Nachgiebigkeit gegen radikale Forderungen beſteht immerhin jedoch die Gefahr, daß ſie ſchließlich doch noch umfällt, und daß damit die Schlichtungsordnung zu einem vollkommen nutz- und wertloſen Inſtrument wird. Deshalb iſt es unbedingt notwendig, immer wieder darauf hinzuweiſen, daß die Schlichtungsordnung in ihrer urſprünglichen Geſtalt für die wirtſchaftliche und ſoziale Weiterentwicklung Deutſchlands von ausſchlaggebender Bedeutung iſt, und daß infolgedeſſen die Regierung an ihrem erſten Plane unbedingt feſtzuhalten hat.

Dieſe Forderung iſt um ſo notwendiger, als aller Wahrſcheinlichkeit nach uns neue ſchwere wirtſchaftliche Kämpfe bevorſtehen. Das Pariſer Diktat der Entente wird auch wenn ſeine Durchführung nur verſucht werden ſollte, uns ſo große neue wirtſchaftliche Erſchütterungen bringen, daß die linksradikalen Elemente dieſe für ihre parteipolitiſchen Zwecke ausbeuten werden. Aller Wahrſcheinlichkeit nach wird in der Landwirtſchaft der Anfang gemacht, für die maßgebliche und ernſthafte Sachkenner zu Frühjahrsbeginn einen großen allgemeinen Streik vorausſehen, der auch nur bei ganz kurzer Dauer im nächſten Jahre unſere, Ernährungsgrundlage völlig kataſtrophal geſtalten würde.

Die Sachlage iſt demnach ſo ernſt, daß die Regierung endlich einmal ſtark bleiben muß.

Streikfolgen.

Auf dem Thyſſenwerk in Hamborn war vor einiger Zeit ein längere Tage hindurch andauernder Streik ausgebrochen und zwar deshalb, weil für 1600 Arbeiter der Beginn der Schicht von 6 Uhr morgens auf 8 Uhr morgens verlegt werden ſollte. Wie ſich nachträglich herausſtellte, war der Hamborner Streik dazu beſtimmt, als Beginn einer einheitlichen Aktion über das ganze Induſtrierevier zu dienen, an die anſchließend ein revolutionärer Putſch inſzeniert werden ſollte. Der Plan wurde jedoch durch rechtzeitige Entdeckung vereitelt.

Welche Folgen der leichtſinnige Streik gehabt hat, rechnet in ihrer Nummer 6 die „Metallarbeiter Zeitung" aus, die im Lager der Unabhängigen ſteht, infolgedeſſen als unverdächtig angeſehen werden kann. Sie ſchreibt: „Kampfobjekt: Verlegung des Beginns der Arbeitszeit von 6 auf 8 Uhr. Beteiligung an dieſer Verlegung 1600 Mann. Streikende 15 000 Metallarbeiter, Sympathieſtreikende 20 000 Bergarbeiter. Dauer dieſes Streiks 14 Tage. Lohnverluſt für Metallarbeiter ca. 10 Millionen Mark, für Bergarbeiter ca. 5 Millionen Mark, Verluſt für die Arbeiter im ganzen 15 Millionen Mark, jeder Familienvater an Einbuße ca. 700 Mark. Folge: größeres Elend. Alſo iſt der Zweck erreicht. Nur über die Verelendung der Maſſe geht der Sieg des Kommunismus. Das iſt durch Führer wie Simonſen, Brandler uſw. ausdrücklich hervorgehoben worden."

Amtl. Berliner Deviſen-Kurſe

Für deutſche Auszahlungen		15. Februar Geld	15. Februar Brief	16. Februar Geld	16. Februar Brief
Holland	100 Gulden	1262.95	1267.55	1486.50	1492.00
Belgien	100 Frk.	430.50	431.50	446.05	446.95
Norwegen	100 Kr.	1051.40	1055.60	1028.95	1032.05
Dänemark	100 Kr.	1063.50	1068.10	1052.90	1056.10
Schweden	100 Kr.	1312.65	1318.35	1291.20	1293.80
Finnland	100 fin. M.	200.30	200.70	195.80	196.20
Italien	100 Lire	217.25	217.75	213.75	214.25
England	1 Pfd. St.	231.75	232.25	225.25	225.75
Amerika	1 Dollar	59.38	59.62	57.19	57.31
Frankreich	100 Frk.	433.95	434.85	429.55	430.45
Schweiz	100 Frk.	972.50	984.50	960.00	962.15
Spanien	100 Pes.	847.65	849.35	839.15	840.85
Oeſterreich	100 Kr.	00.00	00.00	00.00	00.00

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftſtation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Beſtand t
16. 2.	90	115	642

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather
beide in Gevelsberg.

Achtung! **Hingerichtet** sind alle Augen auf das heutige ☞ billige Angebot. ☜ **Achtung!**

Freitag, 18. und **Samstag, 19. ds. Mts., von morgen 10 Uhr an,** findet im Lokale des Herrn Ewald Schilken, Hauke, Hagener Str. 57, ein

Verkauf in Herren-, Burschen- und Konfirmanden-Anzügen

statt. Die Anzüge sind alle aus guten Stoffen, guten Zutaten, sowie auf echtes Leinen und Rosshaar nach den neuesten Moden gearbeitet und können selbige auch von Fachleuten ohne Kaufzwang besichtigt werden. Keiner versäume diese günstige Kaufgelegenheit! ☞ **Kommen! — Sehen! — Staunen!** ☜

Ersatz für Maß! | Serie I **325.–** | Serie II **375.–** | Serie III **450.–** | Serie IV **550.–** | **Ersatz für Maß!**

Carl Frese, Schwelm.



Nachruf.

Am Sonntag, den 13. Februar verschied unser

Hilfsarbeiter

Ernst Jordan.

Wir verlieren in ihm einen fleissigen und zuverlässigen Arbeiter und lieben Kollegen, der sich unser aller Achtung erworben hat.

Er ruhe in Frieden!

Inhaber, Angestellte, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma

Schmidt & Clörfeld.

Gevelsberg, den 17. Februar 1921.

Frühjahr 1921!

Große

Auswahl und vor allem gute u. preiswerte Qualitäten in Kleiderstoffen sind auf dem Markte. Hierzu bedurfte es allerdings keiner

Umwälzungen

von weittragender Bedeutung, sondern es ist dem kaufenden Publikum allmählich die Erkenntnis gekommen, daß die gute Ware eben die Billigste und damit auch die billigste im Gebrauch ist. Die Qualitäten, die

in der Mode

des Frühjahres zur Anpreisung kommen, bieten ein beruhigt merkantiles und viel besseres Aussehen. Die Kriegsware ist, Gott sei Dank, nicht mehr vorherrschend. Es sind wirklich gute und länger tragbare Stoffe auf dem Markte und im Handel. Wie Geschäftswelt kann bezüglich wieder wie früher sagen: „Für die Ware leiste ich Ihnen Garantie" usw. Eine Betonung des Geschäftsgeistes

zur Frühjahrs-Saison

ergibt sich derjenige Geschäftsmann, welcher es versteht, eine wirkungsvolle und zugkräftige Anzeigenreklame im von Haus zu Haus gelesenen Heimats- und Familienblatte zu unterhalten. Bis in die entlegensten Winkel von Stadt und Land kommt unsere Gevelsberger Zeitung täglich. Sie ist für jeden Geschäftsmann das beste und dabei doch billigste Reklamemittel zur Heranholung einer vermehrten Kundschaft und damit eines vermehrten Gewinnes, da sie sagt es weit und breit in jedem Hause, daß dort jene und hier diese große Auswahl in Neueingängen der Mode oder Stoffe usw. eingetroffen sind.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Bibelstunden.

Heute abend 8½ Uhr, Lichtenplatz, Wittener Str. 110, Stadtm. Tiefgemeyer. Verlaat Hänle Schwester Wilhelmine.

W.-V. „Edelweiß" Milspe

sucht noch einige

wanderlustige junge Damen und Herren

zwecks Beitritt. Mitgliedschaft (inaktive und aktive Teilnehmer) berechtigt.

Zu melden am Dienstag, den 22. Febr., abends von 8—10 Uhr, im Vereinslokal W. Wienkroth, Milspe.

Grosse Auswahl

in neuen u. getragenen Anzügen, Ueberzieher, Hosen, Joppen, Hemden, Damen-Kleidung, Schuhen usw. zu staunend billigen Preisen. **Teilzahlung gestattet.**

Pfandhaus Cohen

Schwelm, Ostenstr. 19

Städtische Gesundheitskommission Gevelsberg.

Mittwoch, den 23. Februar, 8 Uhr abends, in der Aula der Realschule

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn **Dr. O. Braun,** Leitender Oberarzt des Städt. Krankenhauses:

„Die Tuberkulose, ihre Verhütung u. Heilung"

mit Lichtbildern u. kinematographischen Erläuterungs-Vorführungen.

Eintritt 1.— Mark. Eintritt 1.—Mark.

Um zahlreichen Besuch zu diesem wichtigen Vortrag wird gebeten.

Der Bürgermeister. I. V.: Müller.



Den höchsten Trumpf hat in der Hand

der Wähler der Deutschen Volkspartei



Wählt Deutsche Volkspartei!

Amt Ennepe. — Kohlenverteilung.

Freitag, den 18. und Sonnabend, den 19. Februar 1921, Kohlenverteilung zu Milspe, Manderbern und Wolfsbüsch auf die Marken 21 und 22. Der Verkauf der Bezugscheine und die Verteilung der Kohlen zu Milspe, Niggenberg und Wolfsbüsch wie üblich Kohlenpreise wie zuletzt. Während der Ausgabetage bleibt die Ortskohlenstelle geschlossen.

Milspe, den 16. Februar 1921.

Die Ortskohlenstelle.

Landwirtschaftlicher Verein Gevelsberg.

Generalversammlung

am **Samstag, den 19. Februar,** abends 6 Uhr, im Vereinslokal Fr. Hoppmann, Königsburg.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Das Schleifen und Polieren

von kleinen Eisenteilen (Baubeschlägen rc) kann laufend und in guter Ausführung mit übernommen werden.

Prompte Lieferungen stets zugesichert.

Stefan Schulte, Mittel-straßeb.



Heute letzte Vorführung

des erfolgreichen Spielplanes

Harry Piel

In der sehr spannenden Sensation:

Der Verächter des Todes.

6 Akte verwegener Leistungen.

Asta Nielsen u. Paul Wegener

in dem 5 aktigen Schauspiel:

Steuermann Holk.

☞ **Ab Samstag** im Spielplan: ☜

Lotte Neumann u. Hella Moja.

Heute oder morgen eintreffend:



Ia. grüne Heringe (mittelgroß) per Pfund Mk. **3.—**

Ia. Schellfisch (1 bis 2 pfündig) per Pfund Mk. **4.50**

Bratschellfisch per Pfund Mk. **3.—**

Dorsch . . . . . per Pfund Mk. **4.—**

Fritz Asbeck, Telephon 712.

Ia. Backöl (helles)	Liter	15.00 Mk.
reines Schweineschmalz	Pfund	14.30 „
Ia. Speck	„	15.80 „
Viktoria-Erbsen	„	2.50 „
Bohnen (weiße)	„	2.50 „
Ia. Bohnen (weiße)	„	3.50 „
Ia. Reis	„	2.60 „
feinsten Vollreis	„	3.00 „
Ia. Kaffee	„	26.00 „
feinsten Santos-Kaffee	„	28.00 „
Rosinen	„	13.00 „
getrocknete Pflaumen	„	4.00 „
Ia. Honig	„	4.00 „
Ia. Rübenkraut	„	2.00 „
Salzheringe	Stück	0.00 „

empfiehlt

August Rohleder,

Haßlinghauser Straße 99.

Frische grüne Heringe eingetroffen.

Haßlinghauser Str. 8.



Direkt aus erster Hand:

Fett-Heringe Stck. 0.70
Rauch-Fisch Pfd. 5.00
Fr. Schellfisch . 3.50
Kokos-Fett . 13.00
Bückinge usw. billigst.

Ab Fabriken nach Uebereinkunft.

Carl Jung,

Feuerbachstraße 61.



Frischen Schellfisch

empfiehlt

Ernst Vernünghaus,

Inh.: Hugo Vernünghaus.

Telefon 557.

Brennholz

auf Ofenlänge geschnitten à Zentner 13.— Mark, liefert frei Haus

Carl Schröder

Mittelstraße.

Telephon 585.

Brennholz

auf Ofenlänge geschnitten à Zentner 13.— Mark, liefert frei Haus

Th. Lange

Königsburg.

Telephon 346.

Schöner, schw. Konfirmandenanzug u. schw. Herrenanzug billig zu verkaufen.

Heidebachstraße 6.

Neuer Damenmantel

mittelgroß, preiswert zu verkaufen.

Milspe, Mardelle 8, II. Etg.

Damengarderobe

fast neu, billig zu verkaufen.

Milspestraße 25.

Nicht zu junges

Mädchen

für ganze oder halbe Tage, welches zu Hause schlafen kann, zum 1. März gesucht.

Frau Aug. Zimmermann

Milspestraße 30.

Tüchtig. Mädchen

zum 1. April für evangel. Pfarrhaus im Sauerland gesucht. Angebote unter K. K. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche per sofort ein tüchtiges

Dienstmädchen oder Aushülfe.

Gebr. Kaufmann.

Für meine bessere Haushalt (3 erw. Personen) ein sauberes, ordentliches

Mädchen

gesucht.

Frau Rob. Jassenhaus

Schwelm, Bismarckstr. 9.

Junges Mädchen,

welches auch das Kochen erlernt hat, sucht Stellung im Haush. N. bereits in der Geschäftsst. d. Ztg.

Eine Frau

wünscht Büro- oder Lederkontor-Reinigung. Angebote unter E. P. 100 an die Geschäftsstelle erb.

Ord. mil. Mädchen sucht

Kost und Logis.

Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Schwarzer

Zwergspitz

auf den Namen „Rolf" hörend, entlaufen. Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbringer erhält Belohnung.

Jul. Fischer, Vogelsang Hagener Straße 37a.

Land- oder Einfamilienhaus

mit Obsthof und 2—10 Morgen Land am Hause vom Selbstkäufer zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an Wilh. Kraute, Gladbeck, Kampstraße 45.

Wegen Fortzug zu verkaufen:

1 Küchenbüfett (Weichholz), 1 Herd, 1 Gasherd, Oelgemälde u. sämtl. Zeicheninstrumente für Maschinenbauschüler u. Techniker.

Haßlinghauserstr. 18 I.

Pferd

zu verkaufen.

Scharlok,

Hagener Str. 53.